

# Bürgerbeteiligung

von einer pauschalen Forderung zu  
den Bedingungen ihrer Möglichkeit

# Pauschale Forderung

## **Koalitionsvertrag „Mehr Fortschritt wagen“ (2021):**

„Wir wollen eine neue Kultur der Zusammenarbeit etablieren, die auch aus der Kraft der Zivilgesellschaft heraus gespeist wird.“ (S.7)

„...neue Formen des Bürgerdialogs wie etwa Bürgerräte nutzen, ohne das Prinzip der Repräsentation aufzugeben.“ (S.8)

„...Unterstützung dialogischer Bürgerbeteiligungsverfahren.“(S.10)

„Die digitalen Möglichkeiten des Planungssicherstellungsgesetzes werden wir nahtlos fortsetzen und insbesondere im Hinblick auf die Bürgerbeteiligung weiterentwickeln.“ (S.10)

# Erwartungen an OGD

## Vorteile für Demokratie, Wirtschaft und Einsparungen bei der Verwaltung ...

- **Partizipatorische Effekte:**  
„... Diese sogenannten offenen Daten eröffnen die Chance auf mehr Teilhabe interessierter Bürgerinnen und Bürger und eine intensivere Zusammenarbeit der Behörden mit diesen (BMI, 25.01.2017).“
- **Wirtschaftliche Effekte:**  
„... Zudem können sie Impulse für neue Geschäftsmodelle und Innovationen bedeuten. Daten in digitaler Form werden daher immer wieder als der "Treibstoff der Zukunft" oder als "das neue Öl" bezeichnet (BMI, 25.01.2017).“ „... Mindestens 12,1 Mrd. € in 10 Jahren ... (Bundesregierung, Gesetzentwurf, 13.01.2017).“
- **Verwaltungsinterne Effekte:**  
„Elektronische Behördendienste (eGovernment-Dienste) können dazu beitragen, Verwaltungsabläufe zu erleichtern, die Qualität der Dienstleistungen im öffentlichen Sektor zu verbessern und die Effizienz der internen Verfahren öffentlicher Einrichtungen zu erhöhen (EU-eGovernment-Aktionsplan 2016-2020, 2016, S. 1).“

# Untersuchungsergebnisse I

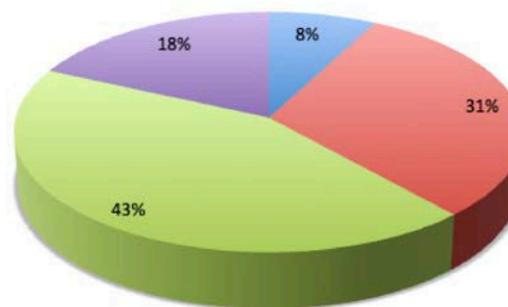
## Eigene Untersuchungen zur Bürgerbeteiligung auf kommunaler Ebene

Heidelberg Boxberg; Metropolregion Rhein-Neckar

### Heidelberg:

Außerhalb von Sport- und Kulturvereinen hängt das (politische) Engagement hauptsächlich von der unmittelbaren Betroffenheit ab.

### Rhein-Neckar:



N=975

- bestellte Fachleute entscheiden
- Fachleute unterrichten Politiker über verschiedene Vorschläge, dann entscheidet die Politik
- Fachleute unterrichten die Öffentlichkeit/Bürger über verschiedene Vorschläge und die Politik orientiert sich an der Öffentlichkeit
- Öffentlichkeit/Bürger diskutieren direkt mit der Politik über verschiedene Vorschläge

# Untersuchungsergebnisse II

Eigene Untersuchungen auf kommunaler Ebene zur Nutzung von open government data in bundesdeutschen Großstädten:

Bürgerbeteiligungen leisten kaum einen relevanten Beitrag zu Verwaltungsentscheidungen

problematische Legitimation von Einflüssen auf Verwaltungstätigkeiten

keine nennenswerte (externe) Nutzung von open government data durch die Zivilgesellschaft

# Untersuchungsergebnisse III

Das Verhältnis zwischen Meinungsbildung, Willensbildung und Wahlentscheidung einerseits sowie den zivilgesellschaftlichen Einflüssen auf Verwaltungstätigkeiten andererseits ist nicht ausreichend geklärt. Daraus entsteht u.a.

Frustration auf Seiten der Bürgerinnen und Bürger, da Erwartungen nicht eingelöst werden können

Überforderung auf Seiten der Verwaltung, da Umgangsformen entwickelt werden müssten, die nicht in die legale Verwaltungspraxis passen

## Beziehung zwischen Öffentlichkeit und Verwaltung bzw. zwischen kommunikativer und administrativer Macht

kommunikativ erzeugte Macht



freie Kommunikation



wenig organisierte Zivilgesellschaft; Entdeckung gesellschaftlicher Probleme



administrativ verwendete Macht



instrumentelles Handeln in Institutionen

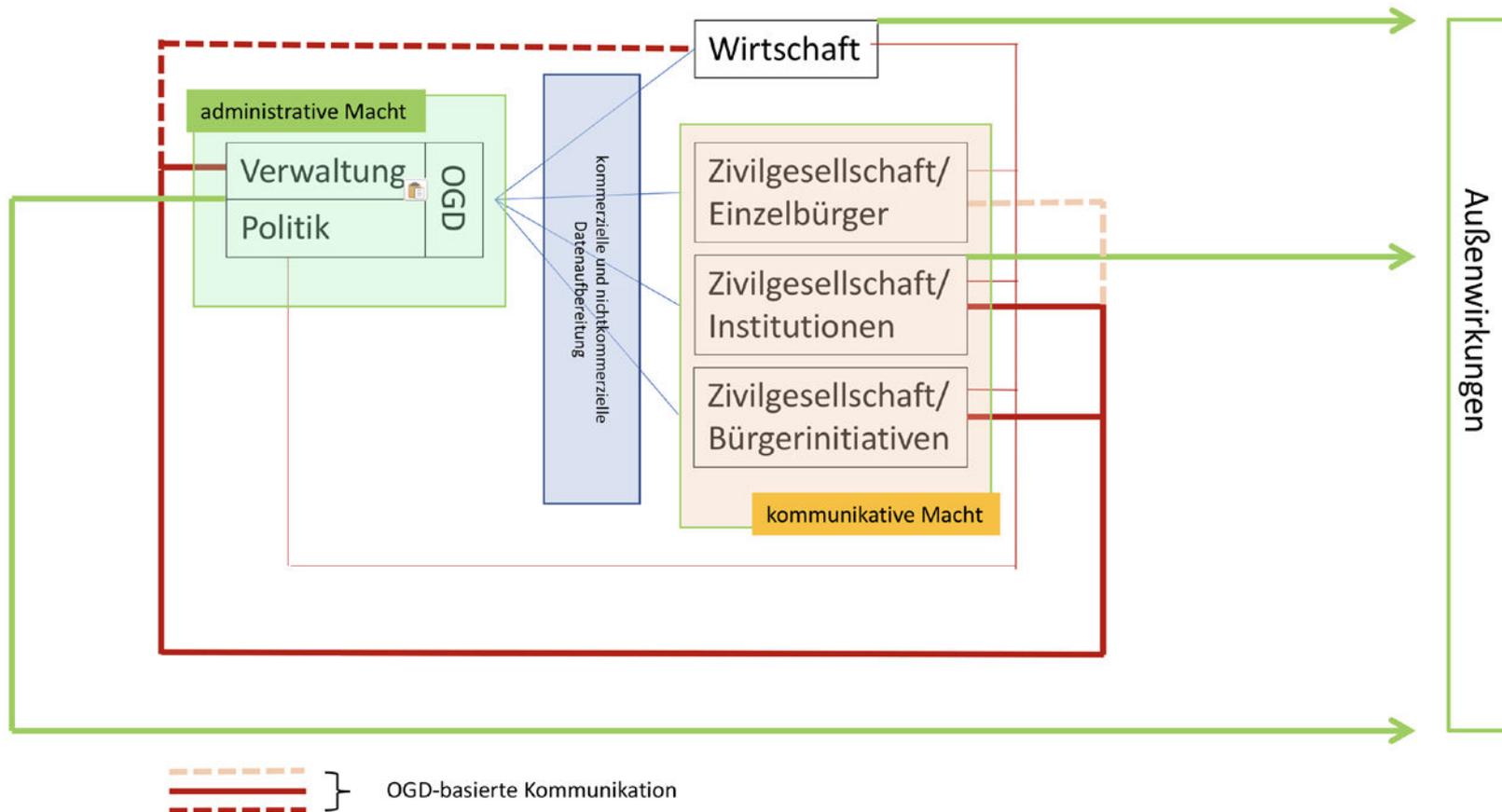


organisierte Öffentlichkeit politischer Institutionen; bindende Entscheidungen



Zusammenführung der Rationalität beider

# Kommunikationsströme zwischen kommunikativer und administrativer Macht



# Bedingungen der Möglichkeit zur intensivierten Bürgerbeteiligung

Das Interesse und die längerfristige Bereitschaft breiterer Bevölkerungsgruppen muss sich **selbst** neu definieren in einem Spannungsfeld zwischen

nicht-staatlicher Wohlfahrtsproduktion

staatlicher Wohlfahrtsproduktion

materieller staatlicher Hilfe zur nicht-staatlichen Selbsthilfe

informationelle staatliche Hilfe zur nicht-staatlichen Selbsthilfe  
(Transparenz: z.B open government data)

und in Abgrenzung zur Sphäre der öffentlichen Meinungsbildung, Willensbildung und Wahlentscheidung